

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1918

136 (16.11.1918)

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugspreis
mit dem wöchentlich erscheinenden
Amtl. Verkündigungsblatt
durch die Post bezogen
monatlich 62 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unseren Aussträger
frei ins Haus gebracht
monatlich 70 Pf.

Geschäftszeit 1/28-7, Samstags
bis 6 Uhr. Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die
Zeile (42 mm breit) 25 Pfg.
bei Platzvorschrift 30 Pfg.
im textlichen Teil (87 mm
breit) 60 Pfg. an erster Stelle
70 Pfg. Bei Wiederholung
tarifreier Rabatt, der bei
Nichteinhaltung des Zieles,
bei gerichtlichen Betreibungen
und bei Konkursen außer
Kraft tritt.

Schluss-Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., für umfang-
reichere Anzeigen Tags zuvor
4 Uhr nachmittags.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 136.

Samstag, den 16. November 1918.

79. Jahrgang

Baden freie Volksrepublik.

Das Programm der neuen Regierung. Weitere Abdankungen und Absetzungen. Hindenburg an das deutsche Heer. Helgoland als Pfand. Eine Waffenstillstandsproklamation Wilsons. Wilson über die Aufgaben nach dem Krieg. Die Polen wollen sich mit Deutschland vertragen. Zunahme der revolutionären Strömung in den feindlichen Ländern. Revolution in ganz Belgien. Endgültiger Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Baden freie Volksrepublik.

Der Verzicht des Großherzogs.

Karlsruhe, 14. Nov. Der Großherzog hat am Mittwoch, den 13. November, den Staatsminister a. D. v. Bodman beauftragt, der provisorischen Regierung folgende Erklärung zu übermitteln:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassungsgebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen, und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Vaterland!“

Die würdige Erklärung des Großherzogs wird man überall in Baden mit Achtung entgegennehmen.

W.B. Karlsruhe, 14. Nov. Die badische vorläufige Volksregierung erklärt:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.
2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.
3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.
4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.
5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt. Sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.
6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Baden sind.

Karlsruhe, den 14. November 1918.

Die badische vorläufige Volksregierung

Der Präsident: (gez.) Geß.

Weitere Thronverzicht.

Bernburg, 12. Nov. Der Anhalter Kurier meldet: Der Prinzregent verzichtete für Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron und für das herzogliche Haus auf die Thronfolge. Der Prinzregent legte seine Regentschaft im Herzogtum nieder. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

Detmold, 12. Nov. Fürst Leopold XV. zu Lippe entsagte dem Thron.

Meiningen, 12. Nov. Das Herzogliche Staatsministerium gibt über die Vorgänge am Sonntag etwa folgenden Bericht aus: Am 10. November abends drangen etwa 40 Soldaten der vor dem Schlosse versammelten militärischen Mannschaften in das herzogliche Palais ein und forderten den Herzog auf, dem Thron zu entsagen. Dieser erklärte, daß er der Gewalt weiche und er unterschrieb ein ihm vorgelegtes Schriftstück. Er fügte seiner Unterschrift hinzu: Gott segne das Land Meiningen! Die Soldaten ließen darauf den hier zufällig anwesenden Prinzen Ernst rufen und verlangten auch von ihm, daß er dem Thron entsage. Als er sich weigerte, wollten die Soldaten den Prinzen verhaften, doch gelang es dem Zureden eines Flügeladjutanten, sie von diesem Schritte abzubringen. Dann entfernten sich die Soldaten.

Das Programm der neuen Regierung.

Berlin, 12. Nov. (W.B. Amtl.) Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten verkündet mit Gesetzeskraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefindeordnungen sowie der Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterlohnbestimmungen.

Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitsstag in Kraft treten.

Die Regierung übt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen. Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen private Eingriffe.

Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem proportionalen System für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen erfolgen.

Hindenburg an das deutsche Heer.

Berlin, 12. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet:

! An die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung vollbrachte die Armee Gewaltiges in fiegroßen Angriffsschlachten und zäher Abwehr. In hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftsfragen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Heersterben verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem Einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Hindenburg an Alle.

Berlin, 14. Nov. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgenden Funkspruch ergehen lassen: Funkspruch an Alle, besonders an die Heeresgruppe Mackensen!

Ich stehe nach wie vor an der Spitze der Obersten Heeresleitung, um die Truppen in Ordnung in die Heimat zurückzuführen. Ich erwarte, daß alle Kameraden, Behörden, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auch weiterhin ihre Pflicht tun. Dies ist allen Truppen bekanntzugeben.

von Hindenburg.

Die Lage.

In keiner Ansprache im Kongreß hat Wilson nicht nur verheißt, er wolle uns vor vollständiger Vereindung bewahren, er hat auch einen Blick auf den kommenden Frieden geworfen. Dieser soll unseren Platz unter den Nationen gerecht bestimmen. Wir sollen in den Stand gesetzt werden, sicher und zufrieden zu leben. Es werden sicher Hoffnungen aus diesen Worten geschöpft werden. Aber wir wollen nicht übersehen, daß sie sehr dehnbar sind und mancherlei Auslegung erlauben. Die ganze herablassende, wohlwollende Rede ist doch wohl die Rede des großen Gönners, der den kleinen Konkurrenten endlich ungeduldig gemacht zu haben glaubt und ihm nun das Leben läßt. Welcher Platz unter den Nationen ist für das heutige Deutschland „gerecht“? Hat es noch Anspruch auf den gleichen Platz wie England und Frankreich. Wie warten es ab. Inzwischen hat Clemenceau in der Kammer mitgeteilt, sie würden morgen in Straßburg und Metz sein und Lloyd George hat in seiner Guildhallrede erklärt, Deutschlands Schicksal sei heute besiegelt. Aber freilich — werden die Machthaber der Entente noch in der Lage sein, Deutschland den Platz unter den Nationen gerecht zu bestimmen, so wie sie es verstehen? Es ist nach den heutigen Nachrichten ja nicht mehr zu verkennen, daß es auch in den westlichen Nachbarländern anfängt unruhig zu werden. In der Schweiz, in Holland, in Frankreich wie in England nimmt die Gärung zu, die deutsche Revolution wirft hinüber, wie wüt die Dinge da vorrückten werden, läßt sich im Augenblick nicht erkennen. Die Revolutionierung der Westmächte könnte uns natürlich gewisse Erleichterungen bringen, sowohl hinsichtlich der Waffenstillstands- wie hinsichtlich der Friedensbedingungen. Im übrigen aber — wir sagten es schon — dürfte der vorübergehende wie der dauernde Nutzen zweifelhaft sein. Wenn in Holland Revolution ausbricht, wird der Verkehr mit Westdeutschland leiden, in der Schweiz stockt der Eisenbahnverkehr bereits. Der Hafen von Portsmouth ist gesperrt, es werden „bedauerliche Vorkommnisse“ auf englischen Schiffen gemeldet, die werden der Herbergschaffung von Lebensmitteln auf den Kontinent nicht eben förderlich sein. Die Ausbreitung der Revolution nach Westen kann also dazu führen, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten nicht behoben, den Westmächten solche bereitet werden. Wer will dann aber noch die Gewähr übernehmen, daß die Umwälzung die heute noch verhältnismäßig ruhig verläuft, in dieser ruhigen Bahn bleibt? Das ist die große Sorge, die aufsteigt.

Eine Waffenstillstands-Proklamation Wilsons.

Washington, 11. Nov. Wilson erließ eine Proklamation über den Waffenstillstand, in der er sagt:

„Alles, wofür man kämpft, wurde erreicht. Es ist jetzt unsere glückliche Pflicht, durch Beispiel und Verkündung freundschaftlichen Rat und materielle Beihilfe bei Errichtung einer gerechten Demokratie in der ganzen Welt zu helfen.“

Aus Washington wird drahtlos gemeldet: Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet, in der er nach Aufzählung der Waffenstillstandsbedingungen ausführt: Die großen Nationen, die sich vereinigt haben, um den preußischen Militarismus zu vernichten, sind jetzt zu dem allgemeinen Ziele vereinigt, einen Frieden zustande zu bringen, der der ganzen Welt eine ungenüßliche Gerechtigkeit bringen und einen Zustand schaffen soll, der besser und dauerhafter ist, als es die selbstsüchtigen Interessen der Machthaber gewesen sind.

Wilson reist zur Friedenskonferenz nach Europa.

Haag, 12. Nov. Der Temps befragt aufgrund einer Londoner Information die von der New Yorker Zeitung Evening Sun gebrachte Mitteilung, wonach Präsident Wilson zur Friedenskonferenz nach Europa reisen wird.

W.B. London, 14. Nov. Der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian erzählt, daß Wilson beschlossen habe zur Friedenskonferenz zu kommen und daß er vor Mitte Dezember erwartet werde.

Wilson über die Aufgaben nach dem Krieg.

Washington, 12. Nov. Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte: Das Ziel des Krieges ist erreicht, der bewaffnete Imperialismus und die Willkürherrschaft Deutschlands, die geheim und aus eigener Macht den Frieden der Welt stören konnten, sind vernichtet. Vielmehr als das ist aber erreicht. Die großen Nationen der Welt hätten sich zu einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den Frieden aufzurichten der die Sehnsucht der Welt nach ungenüßlicher Gerechtigkeit befriedigen wird und der in Ausgleichen bestehen soll, die auf viel besserer und dauerhafterer Grundlage aufgebaut sein werden, als den selbstischen und konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn der siegreichen Regierung habe sich bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des obersten Kriegsrates in Versailles versicherten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um mit Lebensmitteln und Vorforsorgen das Elend zu erleichtern; es sollen weitere Schritte getan werden, um diese Unterstützungsmaßnahmen in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraums der Mittelmächte soll es alsbald möglich gemacht werden, die unterdrückten Völker vor vollständiger Verelendung zu bewahren und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.

Mit welchen Regierungen werden wir es bei Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberreten, mit welcher Bürgschaft, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn der Frieden geschlossen ist, auf welcher Besprechung und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Sollen wir offen gegen uns selbst, geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürherrschaft herausgekommen sind, die jetzt endlich in Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrechten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und feitherrigen Herren beseitigen und sie in den Stand setzen, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Abfahrt oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg zur Selbstbeherrschung und zu friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir die Geduld und die Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

Amerika und das neue Deutschland.

Berlin, 14. Nov. In amerikanischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß die Washingtoner Regierung alles tun werde, um die Ebert-Scheidemann-Regierung zu unterstützen und daß sie bei den Friedensverhandlungen, die sie möglichst beschleunigen wird, nachdrücklich als maßgebender Faktor auftreten werden. Es verfaßt, die Washingtoner Regierung erwäge, noch vor Unterzeichnung der Friedensverhandlungen eine amerikanische Lebensmittellkommission nach Berlin zu senden, um dafür zu sorgen, daß der deutsche Volksstaat bei der internationalen Verteilung von Lebensmitteln und Rohmaterialien gerecht behandelt werde.

Erleichterung der Blockade.

W.B. Rotterdam, 14. Nov. Nach dem Nieuwe Kottb. Cour. werden die Daily News aus New York: Die Unruhen in Deutschland haben auf die Amerikaner einen tiefen Eindruck gemacht. Deshalb werden in einigen Kreisen Lebensmittel für Deutschland und eine Erleichterung der Blockade als die erste Voraussetzung für die Sicherheit des Waffenstillstandes betrachtet. Es heißt: Daß Präsident Wilson einen ausgearbeiteten Plan für einen Völkerbund habe einschließlich eines internationalen Gerichtshofes für Rechtsstreitigkeiten und einer internationalen Polizei für die Meere.

W.B. London, 14. Nov. Im Unterhaus teilte Bonar Law mit, daß das Parlament Ende dieser Woche verlegt wird. Die Wahlen werden am 14. Dezember stattfinden und die Stimmen am 21. oder 28. Dezember gezählt werden. In Erwiderung auf eine Anfrage betreffend die Vorkehrungen für die Versorgung neutraler und feindlicher Länder mit Lebensmitteln erklärte Bonar Law, daß die Angelegenheit in die Hand eines internationalen alliierten Nahrungsmittelgelehrten gelegt wurde, der sofort Schritte in dieser Angelegenheit unternommen habe. Er hoffe in der Lage zu sein, für die Bedürfnisse der betreffenden Völker zu sorgen. Sollten jedoch Störungen der öffentlichen Ordnung eintreten, so werden die Unterstützungen der Alliierten notwendigerweise verzögert oder behindert werden.

Amerikanische Lebensmittel nach Europa.

Haag, 13. Nov. Der Lebensmittelkontrollleur Hoover erklärte, daß Amerika 20 Millionen Tonnen Lebensmittel ansatt wie bisher 6 Millionen nach Europa senden würde, um dem Nahrungsmittelmangel abzuwehren.

Für Ernährung und Ordnung.

Rotterdam, 13. Nov. Nach einem Bericht des Nieuwe Kottb. Courant weist die „Times“ darauf hin, daß die Ver. Staaten und die Verbündeten gemäß den Waffenstillstandsbedingungen beabsichtigen, Deutschland während des Waffenstillstandes soweit wie nötig Lebensmittel zu besorgen. Es liegt, schreibt die „Times“ in ihrem eigenen Interesse, in Deutschland eine solide Regierung zu erhalten. Ohne eine beständige Regierung kann man weder den Waffenstillstand durchführen, noch über den Frieden verhandeln. Die innere Lage Deutschlands ist besesselt und ein großes Volk, das sich in chaotischem Zustand befindet, kann keine Grundlage für einen gerechten Frieden bilden. Die Schaffung dieser Grundlage ist eine viel wichtigere Sache als die der territorialen Regelung, die warten kann. Aber die Frage der Ordnung in Europa kann nicht warten. Sie muß geregelt werden, ehe von Frieden und der Stiftung eines Völkerbundes die Rede sein kann. Daher ist es die erste Pflicht und das höchste Interesse aller Verbündeten, die Herstellung einer freien und für Ordnung sorgenden Regierung zu garantieren. Alle Staaten und Völker sollten daher einsehen, daß gegenwärtig Streitigkeiten oder Bestrebungen, territoriale und andere Vorteile einzubehalten, allgemeine Bestimmung und Vorrat für die Vertreter einer solchen Richtung zur Folge haben müßten.

Unter Lebensmittelvorrat an der Westfront.

Berlin, 12. Nov. Vom Westen her kommen dringende Rufe nach schleuniger Entsendung von Lastwagen zur Heranschaffung der ungeheuren Lebensmittelvorräte, die für unsere Truppen dort aufgespeichert sind. Sie geraten in Gefahr, verloren zu gehen, wenn diesen Rufen nicht sofort und in umfassendster Weise entsprochen wird. In der Stadt sieht man wiederholt Autos herumfahren, die vielleicht schon ganz gut wieder entbehrt werden können. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises auf die Notlage unserer zurückmarschierenden Truppen, um jede unzumutbare Verwendung dieser überaus wichtigen Verkehrsmittel unmöglich zu machen.

Deutschlands Eisenbahnmaterial.

Berlin, 11. Nov. Zur Beleuchtung der Waffenstillstandsbedingungen, welche u. a. die Ablieferung von 5000 Lokomotiven und 15000 Waggons verlangen, sei folgendes festgestellt: Deutschlands Staats- und Privatbahnen hatten im Jahre 1915 im ganzen 32 272 Lokomotiven, 19 372 Gepäckwagen, 228 538 gedeckte und 496 507 offene Güterwagen. Der normale Zugang betrug bisher jährlich rund 1000 Lokomotiven und 32 000 Güterwagen.

Der Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“, bisher „Norddeutsche Allg. Zeitung“ bringt den Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages in seiner ursprünglichen Fassung, die inzwischen ja bekanntlich einige sog. „Widerungen“ erfahren hat. Neues oder gar Besseres im Vergleich zu den bisher der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Auszügen läßt sich aus dem langen Aktenstück leider nicht herausfinden. Es wäre deshalb auch Raumverschwendung, den Wortlaut zu wiederholen. Manches zeigt der Wortlaut sogar in verdüstertem Lichte. So tritt zu der Forderung der Ab-

lieferung der 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 10 000 (jetzt 5000) Lastkraftwagen nach die Bestimmung hinzu, daß die eisenbahntechnischen Anlagen mit sämtlichem organisch zu ihnen gehörendem Personal und Material in demselben Zeitraum (ursprünglich 25, jetzt 30 Tagen) auszuliefern sind. Außerdem ist das für den Eisenbahnverkehr auf dem linken Rheinufer notwendige Material an Ort und Stelle zu belassen. Sämtliche Vorräte an Kohlen und Betriebsmaterial, Schienen, Signalgeräte, Materialmaterial sind an Ort und Stelle zu lassen und während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes von Deutschland vollzählig und in gutem Zustand zu unterhalten! Diese Bestimmungen verschärfen die Beengung in unseren Verkehrsmitteln, die nach wie vor den schwersten unerhörtesten Druck auf unsere innere Versorgung bedeuten. Weiter geht aus dem Wortlaut hervor, daß die feindlichen Armeen das Requisitionsrecht auf allen von ihnen besetzten Gebieten in Anspruch nehmen. Und damit zum Scherzen auch der Schimpf nicht fehle, werden wir zur Angabe sämtlicher schändlicher Maßnahmen, die getroffen sein könnten, verpflichtet, „z. B. Vergiftung der Quellen“. Es ist ein furchtbares Aktenstück dieser „Wortlaut“. Und das Furchtbarste davon, daß wir ihm willenlos standhalten müssen.

Rundgebungen in Amerika.

New York, 11. Nov. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes führte zu begeisterten Rundgebungen im ganzen Lande. Die Vöber wurde geschlossen. Auch sonst ruhen die Geschäfte. Überall wurden Umzüge abgehalten.

Amerikaner in Köln.

Berlin, 13. Nov. Wie der „Lokalanzeiger“ von besonderer Seite erfährt, sind heute im Laufe des Abends mehrere amerikanische Frigate in Köln gelandet.

Französische Absichten auf das linke Rheinufer.

Die Waffenstillstandsbedingungen lassen deutlich erkennen, daß die Entente der Auffassung ist, daß Elsaß-Lothringen zu Frankreich geschlagen werden soll. Die Befugung weiteren deutsches Gebietes erschein bisher nur als eine Bedingung des Waffenstillstandes, welche für den endgültigen Frieden keine Bedeutung zu haben braucht. Wie wir jedoch zuverlässig aus der Schweiz hören, besteht in französischen Chauvinistenkreisen der Plan, das linksrheinische Preußen möglichst lange besetzt zu halten, bis die Entschädigungen und Wiedergutmachungen voll bezahlt seien. In dieser Zeit soll unter der rheinischen Bevölkerung eine großzügige Propaganda entfaltet werden, um sie zum Anschluß an Frankreich zu bewegen und schließlich in irgend einer Form eine Entscheidung in diesem Sinne zu erwirken, welche es ermöglicht, den Anschluß als freien Willen der linksrheinischen Bevölkerung auszuweisen.

Gegen solche Raubgelüste muß sich Deutschland beizeiten zur Wehr setzen. Ganz Deutschland muß mit den Bewohnern der linksrheinischen Rheinprovinz in dem eiserne Entschluß einig sein, dieses Spiel zu durchkreuzen. Die unbedingte Treue aller Deutschen zur deutschen Volksrepublik muß alle feindlichen Anschläge zu Schanden machen.

Lausung über die Befugung des linken Rheinufers.

Berlin, 13. Nov. Der Pariser Herald erfährt der Nationalausgabe zufolge aus New York: Lausung äußerte sich im Senatsauschuß zu den Waffenstillstandsbedingungen an die Mittelmächte: Die Befugung der deutschen Gebiete links des Rheins würde nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Je schneller der Friede zustande kommt und je schneller Deutschland seinen Anschluß an die großen Demokratien sucht, desto schneller wird auch das linke Rheinufer geräumt werden.

Helgoland.

Berlin, 12. Nov. Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrag zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in der bezeichneten Frist übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

Soll auch Helgoland verloren gehen?

Von Lloyd George stammt der böse Ausdruck von der Knock-out-Politik, er hat sie in unheimlicher Wirklichkeit umgesetzt. Und jetzt holt der Borer zu einem neuen hemdtückischen Stoß gegen den niedergedrunenen Gegner aus. Bestimmten hat sich wohl schon gemundet, daß in den Waffenstillstandsbedingungen von einer Befugung Helgolands nicht die Rede war,

Mann sehend machte und ihm das wies, was sie bisher so scheu und stolz verborgen.

Wolfgang war es, als wenn er plötzlich aus dem Dunkel in eine strahlende Helle trete, die ihn blendete und unsicher machte im Schreien.

Ein nitres Denken kam über ihn. War es wirklich das, was er ahnte, empfand, sah?

Stand da vor ihm ein Mensch, der auch vergebens auf das Gländ wartete und hungerte, der an dem litt, was ihn elend machte?

Und schlug dieses Menschen Herz ihm entgegen?

Er wollte ihre Hand in einem ungewissen Drange fester umschließen. ... Aber da entzog sie ihm Eleonore schon. Sachte und leise.

Und bebend kam es als Entgegnung auf seine letzten Worte über ihre Lippen:

„Ob sehnst oder nicht. Uns knechtet beide doch das gleiche Schicksal!“

Ja, er hatte recht in ihren Augen gelesen!

Bang und zitternd schlug sein Herz. Und ein leises Glückgefühl wollte aufkeimen wie eine Frühlingsblume nach einem langen Winter voller Schnee und Eis und Sturm.

Wenn er nun ihre Liebe nahm? Wenn er nun suchte, daran zu gesunden und zu vergessen, was an Sehnsucht in ihm lebte?

Ah, vergessen!

Er konnte und wollte nie vergessen, daß seine Liebe einer anderen galt.

Und nun blieb nur noch ein weiches, warmes Mitgefühl, ein inniges Versehen. Er wollte Eleonore ein liebes Wort sagen, eins, das ihr vielleicht wohlthun möchte.

Zaudernd sann er Sekunden. ...

Da wandte sie sich von ihm, nach einem letzten, langen, fragenden Blick, und ging die Straße hinab.

Er blickte ihr nach voll wirrer Gedanken. Bis sich ein klar und bestimmtes aus allem Wust herauschälte, und in seiner Seele stand wie ein helles Licht:

Wir müssen beide hindurch. ... Und wir werden hindurchkommen, soweit wir es noch nicht sind, wenn auch oft noch trübe Wasser am Wege sein werden und sonnenlose Lände und immer einsame Tage. ...

Noch einmal sah Wolfgang Warnick Eleonore Reimarus' schlanken Gestalt im Lichte einer Gaslampe.

Und dann sog sie die Nacht auf. Sie hing über der großen Stadt wie ein dunkler, gewaltiger Mantel, wie ein unergründliches Geheimnis und lauschte dem Raunen des Windes. Es klang wie ein wehes, bitteres Erzählen von einsamen Menschen. Ende!

Optimisten sich gefreut, daß dieser Schlüssel zum Haupttor unserer Seefahrt in unserer Hand bleiben sollte. Haben sie zu früh gefeiert? Fast will es so scheinen, und der Schein ist eine furchtbare Drohung. Man muß den neuen englischen Borerkniff — einen englischen ihn zu nennen wird kein Irrtum sein, wenn der Borer auch alle Farben der „Verbündeten“, und der Vereinigten Staaten auf dem Leibe trägt — wohl in Gedankenverbindung bringen mit dem Erlaß der Reichsregierung an den Staatssekretär der Marine, der vom Soldatenrat des Reichsmarineamts und Admiralstabs allen Soldatenräten der Marine zur Befolgung „dringend empfohlen“ wird und in dem sich die Worte finden: „Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und restlos durchgeführt werden. Die Marine möge sich bemühen sein, daß von ihrer gewissenhaften pflichttreuen Mitwirkung bei der Ausführung des Waffenstillstandes alles abhängt.“ Es lagen oder liegen da offenbar Gefahren im Hintergrund, deren Wesen in der neuen englischen Drohung klar zu Tage tritt: daß die Bestimmungen über die Seemacht“ im Waffenstillstandsvertrag durch pflichtwidriges Verhalten der Befugungen nicht würden pünktlich erfüllt werden können. Es wäre eine ungeheure Verfündigung an Deutschlands Zukunft, wenn durch eigenes schuldhaftes Versäumen der Marineangehörigen den Feinden ein Vorwand geliefert würde, uns einen neuen schweren Schaden anzutun zu den vielen, die uns so schon widerfahren. Einen schweren Schaden, denn — um es zu wiederholen: Helgoland ist der Schlüssel zum Tor der deutschen Seefahrt, wer ihn in der Hand hat, kann das Tor nach Willkür öffnen und schließen. Und einen dauernden Schaden. Denn die Weltgeschichte lehrt, daß es Englands rücksichtslose Gewohnheit ist, Provisorien, die ihm passen, unter tausend Vorwänden zu verewigen. Ein Helgoland, das ihm jetzt durch irgend eine unerfüllte Waffenstillstandsbedingung in die Hände gespielt würde, würden wir niemals wiedersehen. Kein Völkerbund würde England daran hindern, so wenig wie er Helgoland für uns überflüssig machen würde.

Eine englische Stimme der Warnung.

Basel, 13. Nov. Die Londoner „Daily News“ kritisieren scharf die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten an Deutschland, die den Keim neuer Kriege in sich tragen, wenn dieses die Friedensbedingungen wären. Das Blatt spricht die Ueberzeugung aus, daß der Friedensschluß keine deutsche Stadt dem Reiche entzöge. Die revolutionären Vorgänge in Deutschland nennen „Daily News“ das Sturmzeichen des Volkswindes für die bisher ruhigen westeuropäischen Demokratien.

Das Vorrücken der alliierten Heere.

Haag, 13. Nov. Aus belgischer Quelle wird gemeldet, daß die Alliierten in ihrer gegenwärtigen Stellung noch drei Tage bleiben werden. Vom dritten Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vorrücken. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

Die Demobilisierung.

Berlin, 12. Nov. Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung. Die Volksregierung ist von dem Wunsch besetzt, daß jeder unserer Soldaten nach den mühseligen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plan vor sich geht. Falls einzelne Truppen willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat aufs schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung ermahnt von Euch strengste Selbstsücht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten. Wir erziehen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen: 1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen. 2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heer müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. 3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubes, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken. 4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamten und Mannschaften. 5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen, gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften. 6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen. (Gezeichnet): Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Das Programm des Rates geistiger Arbeiter.

Berlin, 13. Nov. Der Rat geistiger Arbeiter veröffentlicht sein Programm, dem folgendes zu entnehmen ist: Er kämpft gegen die Unterdrückung der Arbeiter durch das kapitalistische System, er will die persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit, er begrüßt alle Methoden der Umwälzung, die nicht zur Anarchie, das heißt zur Vernichtung der Kulturgüter und zur Blutherrschaft der Minderheit führt. Er fordert u. a. den Völkerbund, das Völkerparlament, das Zwangsschiedsgericht, gerechte Verteilung der äußeren Lebensgüter, Bergeschäftigung von Grund und Boden, Fiskuktion von Vermögen von einer bestimmten Höhe an, Beschränkung des Strafrechts, Vermenschlichung des Strafvollzugs, radikale Reform der öffentlichen Rechtspflege, die Einheitsstaue, freie Dozentenur, Wahl der Professoren durch die Studenten, Säuberung der Presse von nationalistischer und kapitalistischer Korruption, Trennung von Kirche und Staat, ständiger Rat geistiger Arbeiter, Vorbedingung zur Durchführung dieses Programms ist nach Herstellung der Ordnung die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, Proletariat und Intellektuelle vereinigt Euch. — Der Rat geistiger Arbeiter, Berlin Reichstagsgebäude, Zimmer Nr. 15 B.

Die Ursachen der Revolution.

W.B. Berlin, 14. Nov. Unter der Ueberschrift „Wie das kam“ veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel über die Vorgänge die den unmittelbaren Anstoß zu der deutschen Revolution gegeben haben. Gewöhnlich, schreibt das Blatt, rechnet man als Beginn der Revolution den 5. November, den Tag ihres Sieges in Kiel. Das ist aber nicht richtig. In Wirklichkeit hat sie schon eine volle Woche früher eingesetzt. Kiel war der zweite Abschnitt, der erste selbst die Revolution. Dieser erste spielte sich auf der gefamten Hochseeflotte ab und war die Notwehr von 80 000 Menschen gegen einen alldeutschen Schurkenstreich. Das Blatt weist sodann auf die festerste Propaganda der Alldeutschen für den nationalen Verweilungskampf hin, die aber erfolglos geblieben sei. In ihrer Not seien die Alldeutschen auf das Meer verfallen, die sich noch immer durch ein gleichgesinntes Offizierkorps zu beherrschen glaubten ohne von der revolutionären Stimmung eine Ahnung zu haben. Ein teuflischer Plan wurde ausgemacht. Die Flotte sollte auslaufen und sich am Kampfe gegen einen übermächtigen Feind bis zum letzten Schiffe opfern. Das hätte wohl 80 000 Menschen das Leben gekostet, aber wäre nach dem Glauben der Alldeutschen ein Ereignis gewesen, um das Volk noch einmal mit der Stimmung der Augusttage von 1914 zu erfüllen. Der Plan ist keine Phantastie sondern durch zuverlässige Ausja-

Von einsamen Menschen.

Roman von Fritz Ganser.

51 Sie schwieg und senkte den Kopf. Und da fragte er leise: „Sind Sie nicht glücklich, Eleonore?“

„Nein!“ hätte sie schreien mögen. „Bist du denn blind, daß du noch fragen mußt? Siehst du denn nicht, wie ich mich nach dir verzehre?“

Und sie tat es doch nicht. „Wozu auch?“

Sie raffte ihren ganzen Stolz zusammen und lächelte. „Warum sollte ich nicht glücklich sein? Ich habe wie Sie meine Kunst. Ist das kein Glück?“

Er schüttelte den Kopf. „Für mich nur eine Halbheit. Ist die Kunst Ihr ganzes, alleiniges Glück, das, was Ihr Leben krönt, was es vollwertig macht und wert, gelebt zu werden?“

„Ja!“ sagte sie gelassen. Und ihr Herz suchte vor Qual und Weh und schrie:

„Geh und mach diesem Zusammensein ein Ende; denn ich weiß sonst nicht, was ich noch tue.“

Er zuckte nach ihrem „Ja“ die Achseln. „Ist dachte einmal auch nicht anders. Nun habe ich mein Ziel erreicht. Man hat mich, wie heut abend, schon oft bejubelt und beklagt. In Paris und Wien und drüben jenseits des Kanals. Das ist alles schön und öde. Nur etwas, das das Leben füllt, aber ihm doch keinen Inhalt gibt.“

Sie waren die Straße, nebeneinander herschreitend, hinabgegangen und bogen eben in die Königsgräberstraße ein.

„Aber es ist unrecht von mir, Sie festzuhalten“, sagte er da plötzlich. „Müssen Sie auch nach dieser Richtung gehen?“

„Nein, entgegengesetzt. Doch das schadet nichts. Ich gehe das Gländchen zurück. Sie wollen nach dem Bahnhof?“

„Ja. Ich will bald nach zehn fahren. Uebermorgen komme ich wieder, gebe in der Philharmonie noch zwei Konzerte und werde wahrscheinlich dann einem Rufe nach Dresden folgen. Aber ich glaube nicht, daß ich mich dauernd festsetzen kann. Ich werde ein Ruheloser bleiben. Da sind Sie sehnlicher.“

Er lächelte und streckte ihr die Hand hin.

Sie legte die ihre lose hinein.

Er empfand ein leises Zittern ihrer schlanken Rechten und sah in ihren Augen einen wehen, umflorten Schein, wie ihn nur die Liebe gibt, wenn sie vor dem Abschied steht.

Eleonore mußte nicht, daß ihre Augen in diesen Sekunden ihre ganze Seele offenbarten, daß sie den vor ihr stehenden

gen der Matrosen erwiesen. Die Schlachtflotte habe am 28. Oktober Befehl zum Auslaufen erhalten und es sollte sich, wie den Soldaten gesagt wurde, um ein Manöver handeln. Aber aus Abschiedsbriefen, von Offizieren und anderen Angehörigen haben die Seeleute bald die Wahrheit erfahren und in Folge dessen gemeutert. Die Ausfahrt sei verschiedene Male befohlen worden, aber jedesmal hatten die Matrosen, trotz der beruhigenden Ansprachen der Offiziere, sich widersetzt. Nachdem die Matrosen nun einmal soweit gegangen waren, sei in ihnen der Entschluß zum äußersten Widerstand wach geworden. Den Meutereern drohten schwere Zuchthausstrafen und tatsächlich seien alsbald an 1000 Matrosen in Wilhelmshaven abgeführt und gefangen gesetzt worden. Auf der einen Seite habe das Zuchthaus, auf der andern die Freiheit gewinkt. Die Wahl sei nicht schwer gewesen, sie sei auf die Revolution gefallen.

Warum die Marine meuterte.

Ueber die Ursachen der Meuterei der Matrosen schreiben die Bremer Nachrichten folgendes:
Aus dem Munde von beteiligten Marineangehörigen gestiegenen Alters vernahmen wir schon am ersten Abend der Umsturzrevolution in Bremen folgendes: Unter ihnen ist die Aufregung verbreitet, daß die gleiche Bewegung, wie sie in Kiel entstand, auch bei der britischen Flotte begonnen habe und sich greife. Diese Kenntnis entstamme drahtlosen Nachrichtenaustausch zwischen unsern deutschen und englischen Schiffen. Wo ältere Militärs unserer Garnison den an sie herantretenden Marineangehörigen gegenüber mannschaft ihren Standpunkt dahin vertrat, daß sie sich einer die Zukunft und den Frieden so gefährdenden Bewegung nicht anschließen könnten, erhielten sie die Antwort, daß ihnen in einigen Tagen der Beweis von der Umsturzrevolution der englischen Flottenmannschaften erbracht sein werde. Wenn nun auch gleichlautende Behauptungen schon von außen hereindringen, so sind sie doch bis jetzt noch unüberwunden geblieben und es kommt nicht unsere Aufgabe sein, zur Befriedigung der Sensationslust die öffentliche Meinung leicht irreführen. Wir nehmen wohl nicht mit Unrecht an, daß die Führer der Arbeiter und Soldaten am Donnerstag nicht veräußert hätten, vom Rathaus herab auch eine solche Nachricht über die englische Flotte bekanntzugeben, wenn dies mit Gewissenhaftigkeit möglich gewesen wäre. In der Ueberzeugung, daß die Mannschaften der britischen Flotte im Begriff stehen, den Gehorsam aufzukündigen, hätte sich, so hieß es eine Anzahl deutscher Schiffe gemeldet, noch einen deutschen Verweisungsvorstoß zur See gegen England mitzumachen zwecks ehrenvollen Untergangs an Stelle der drohenden Uebergabe an ein siegreiches England. Ein solcher Verweisungsvorstoß sei einleuchtend und verschiedentlich in den Messen der Offiziere an Bord Gegenstand von ersten oder begeisterten Abschiedsreden gewesen. Ob es sich dabei nun um Tatsachen, irrtümliche Annahme oder absichtliche Irreführung der Leute an Bord gehandelt hat, wird wohl noch bestimmt festgestellt werden. Als Zubehör zu der Darstellung über die englische Flotte haben wir diese Schilderung nicht mehr übergehen wollen, aus der sich die ersten Ausbrüche der Meuterei an Bord unserer Kriegsschiffe und die folgenden Massenfestsetzungen erklären lassen.

Frankreich und Wilhelm II.

Haag, 13. Nov. Der Pariser Matin fordert, daß der frühere deutsche Kaiser sich vor einem Gerichtshof der freien Völker verantworten müsse. In Paris sei die allgemeine Ansicht, daß der Kaiser nicht verdiene, ruhig auf einem holländischen Schloß seine Tage zu verbringen.

WLB, Haag, 14. Nov. Es wird beabsichtigt, den früheren deutschen Kronprinzen mit 2 Begleitern in Arnheim zu internieren. Die beiden anderen Offiziere sollen in einem anderen Internierungslager untergebracht werden.

Uebergreifen der revolutionären Strömung nach Frankreich und England.

Basel, 13. Nov. Wie die Schweizer Blätter melden, waren auch in der Schweiz Gerüchte im Umlauf über ein Uebergreifen revolutionärer Strömungen nach Frankreich und England, ohne daß bisher bestätigende Nachrichten zu erlangen waren. Inzwischen sollen jedoch die Gerüchte über die Bildung von Soldatenräten in einzelnen südfranzösischen Hafenstädten bestimmte Gestalt annehmen. Man erzählt darüber wenig Authentisches, da die Zensur unverändert streng im Lande selbst wie auch an der Grenze gehandhabt wird. Auch ist die Grenzsperrlinie Frankreich-Schweiz noch keineswegs gemildert. Berichte aus Lyon besagen, daß sich am Freitag in Lyon ein Soldatenrat konstituierte, der die Militärregierung zum Teil an sich nahm. Nach Schweizer Blättermeldungen aus Rotterdam ist der englische Hafen Portsmouth seit Freitag abend gesperrt. Es sollen bedauerliche Vorkommnisse auf den im Hafen liegenden Schiffen zu verzeichnen sein. Weitere Nachrichten fehlen noch. Wie aus zuverlässiger amerikanischer Quelle in der Schweiz mitgeteilt wird, hat die englische Flotte in der Tat gemeutert und auf zahlreichen Schiffen die rote Fahne gehißt. Die heutigen französischen Blätter sind ausgeblendet.

Deutsch-französischen Soldatenverbündungen.

Paderborn, 13. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besatzungen der gestern um 130 Uhr von dem Kriegsschiff nach hier zurückgekehrten Flugzeuge melden, daß in den französischen Schützengräben an der französischen Grenze bei Mons die rote Fahne gehißt wurde und daß deutsche Truppen sich mit französischen verbündeten.

Gegen monarchische Rundgebungen in Italien.

Genf, 13. Nov. Nach Meldungen von der italienischen Grenze ist in Rom und Mailand infolge Rundgebungen der Revolutionäre und Sozialisten für Abschaffung der Monarchie ein Versammlungsverbot erlassen worden. Der Zugverkehr nach Rom erleidet aus unbekanntem Ursachen Störungen.

Der Generalstreik in der Schweiz.

Badisch-Neuenfelden, 13. Nov. Der Generalstreik in der Schweiz scheint an Heftigkeit zuzunehmen. Der Bahnverkehr ruht fast völlig, sodaß keinerlei Zeitungen hier eingetroffen sind. Telegraph und Telefon arbeiten. Das Bahnpersonal ist hat schriftlichen Gestaltungsbeschlüssen erhalten vor sich gehen werden. Das Personal ist dem Befehl aber nicht nachgekommen. In Basel hat man durch Glockenalarm das Stadtbatter-Regiment und den Landsturm aufgebeten sowie eine weiße Garde gebildet zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Die Säuerung in Holland.

Haag, 12. Nov. In der Zweiten Kammer nahm der Führer der Arbeiterpartei Troelstra, Bezug auf die Aeußerung des Ministers des Innern und Vorsitzenden des Ministerrates, der die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung betont hatte. Troelstra sagte, die sozialistische Arbeiterpartei hoffe übereinstimmend, daß alles in Ordnung vor sich gehen werde. Die sozialistische Arbeiterpartei verlange indessen nicht nur etwas mehr oder weniger Reformen im herrschenden Regime, sondern sie verlange jetzt Besitz und Macht. Man muß sagte Troelstra, den augenblicklichen Aspirationen des Volkes entgegenkommen. Redner begrüßte die Mahregeln der Regierung, aber diese hätten nichts mit den Forderungen der sozialen Demokratie zu tun. Die Bewegung, über die sich das niederländische Volk am nächsten Sonntag aussprechen werde, werde zeigen, daß heute andere Dinge verlangt werden. Troelstra sprach seine Freude darüber aus, daß sein Parteigenosse Ebert in Deutschland das Ruder in die Hände bekommen habe. In Holland hätten die Arbeiter keinen Grund zu hoffen, daß sie auf dem gewöhnlichen parlamentarischen Wege die Folgeteil und ihrer Forderungen finden würden.

Zur Lage in Holland.

Basel, 14. Nov. Holländische Meldungen bestätigen, daß die Lage in den Niederlanden sich stündlich zuspizt. Man befürchtet den Ausbruch einer regelrechten Revolution.

Revolution in ganz Belgien.

Haag, 14. Nov. In ganz Belgien ist Revolution. In Brüssel beherrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchster Richtung die Lage. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Belgier beteiligten sich überall auf beiden Seiten. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffensbestände.

Revolution in Brüssel.

Berlin, 13. November. Im Haag vorliegende Meldungen besagen, in Brüssel sei die Revolution ausgebrochen. Einzelheiten fehlen. Auf dem Truppenübungsplatz Beverloo sei es zwischen deutschen Truppen infolge revolutionärer Zwischenfälle zu schweren Geiseln gekommen.

Endgültiger Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Berlin, 14. Nov. Wie wir hören hat bisher nur Frankreich gegen die Angliederung Deutsch-Oesterreichs an das übrige Deutschland protestiert. England und Amerika finden, was ja auch durchaus logisch ist, dagegen nichts einzuwenden. Damit darf man wohl die Einigung Gesamtdeutschlands als endgültig betrachten.

Die indischen Nationalisten gegen den britischen Militarismus.

Die schwedische Zeitung „Nya Dagligt Allehanda“ vom 21. Oktober schreibt: „Das europäische Zentralkomitee der indischen Nationalisten hat ein Telegramm an Wilson gerichtet, in dem es unter Berufung auf die Grundsätze des Präsidenten betreffs Freiheit und Gerechtigkeit um Unterstützung der nationalen Forderungen Indiens bittet. Unter Hinweis auf den Brief des indischen Staatsmannes Dewan Bahadur Sir S. Subramaniga Angar an Präsident Wilson wird auf die jahrhundertelange englische Gewaltthätigkeit angepielt und als einziges Mittel zur Befreiung der traurigen Verhältnisse die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf Indien verlangt. Abschließend heißt es: „Wir bitten, Sie darauf hinzuweisen zu dürfen, daß kein andauernder Weltfrieden möglich ist, wenn nicht der britische Militarismus in Indien und anderen asiatischen Ländern abge schafft wird. Um seine Herrschaft in Indien zu befestigen, hat Großbritannien die Hilfsmittel unseres volkreichen und fruchtbarsten Landes zur Unterdrückung anderer Nationen angewandt und verwendet sie noch immer dazu. Der britische Imperialismus ist die wirkliche Ursache der vielen Krieger und heimlichen Verträge und Intrigen, die blutige Kriege und Konflikte in verschiedenen Weltteilen zur Folge gehabt haben. Wir fordern, daß Indien bei dem allgemeinen Friedenskongreß durch selbständige Vertreter repräsentiert wird, die wirklich für die unterdrückten Massen gegenüber dem ausländischen Bürokratismus eintreten können, und wir hoffen aufrichtig, daß Sie Ihre hohe Stellung und Ihren großen moralischen Einfluß dazu verwenden werden, Indien als einem freien Mitglied Zutritt zum vorgeschlagenen Völkerbund zu verschaffen, und daß es diesem Völkerbund durch ein endgültiges internationales Uebereinkommen gelingen wird, diese besonders wichtige weltpolitische Frage zu lösen.“

Kriegerische Maßnahmen der Polen.

Gleiwitz, 12. Nov. Polnische Banden hatten bei Myslowitz einen Einbruch in deutsches Gebiet versucht. Truppen aus Breslau und Gleiwitz begaben sich an die Grenze und schlugen die Polen zurück. Gleiwitz ist dadurch von Militär fast entblößt. 100 Infanteristen befinden sich in der Stadt und halten die Ordnung aufrecht.

Berlin, 12. Nov. Es liegen verlässliche Meldungen vor, daß auch in polnischen Gebiet polnische Legionäre und disziplinierte Verbände eingebrochen sind u. raubend u. plündernd Besitz von den Ortsgenossen ergriffen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat energische Maßnahmen beraten, um die deutschen Volksgenossen in diesem Gebiete zu schützen.

Berlin, 13. Nov. Wie der „Vorwärts“ erfährt sind die Polen im Vormarsch in Richtung auf Bialostok, sie wollen sich dann von Südbalten gegen Wilna wenden. Das Blatt erklärt auf das Bestimmteste, daß Grenzregelungen nach Recht und Vertrag in aller Ruhe und Ordnung erfolgen werden. Niemand in Polen wird glauben, daß die Reichsleitung der deutschen Republik eine andere Lösung für zulässig erachte.

Polen und Deutschland.

Berlin, 14. Nov. Die Polnische Presseagentur teilt über die angeblichen Angriffe auf Polen und Oberschlesien folgendes mit: Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerichten von einer Bedrohung oder gar einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist. Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch böswillige Ausbreitung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Völkern über strittige Fragen soll nicht das Werk gewalttätiger Handstreichs, sondern des Geistes der Versöhnung getragener Verhandlungen sein. Das polnische Volk weiß sehr wohl, daß es auch für die Zukunft mit dem deutschen Volke in engen Beziehungen leben muß und ist gewillt, diese Beziehungen im Geiste der Völkerverständigung zu freiblichen und freundschaftlichen auszubauen.

Deutschland und Rußland.

Berlin, 12. Nov. Die Treppe Korrespondenz meldet aus Moskau, daß die Sowjetregierung beabsichtige, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland mit aller Beschleunigung wieder aufzunehmen.

Bildet Bürgerausschüsse!

Aufruf des Hanjabundes.
Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgerum als solches selbst der schweren inneren Anwälzung tatlos gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgerum auf, zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten. Diese Bürgerausschüsse haben in Föhlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen Rechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgerums bei allen staatlichen Maßnahmen.

Das Bürgerum, in dem die Ereignisse dieser Zeit alle Parteunterschiede so gut wie ausgelöscht haben, wartet darauf, daß die zur Führung Berufenen es rufen, und sammelt, damit es auch in dem neuen Deutschland, dessen Regierung das sozialistische Programm in aller Reinheit durchführen will, sein Lebensrecht und seine Weltanschauung zur möglichsten Geltung

bringe. Wir wissen noch nicht, wann die Nationalversammlung zusammentreten wird. Aber sie kann unter Umständen sehr schnell kommen. Das Bürgerum oder sagen wir, alle Kreise des deutschen Volkes die rechts der sozialistischen Weltanschauung stehen, — sie dürfen sich nicht überfahren lassen. Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung ausgebrochen werden müssen die Bürgerausschüsse in Lätigkeit sein, zu deren Bildung der Hanjabund aufruft.

Die Pflicht, sich zu wehren!

Berlin, 13. Nov. Nachdem nunmehr das Programm der neuen sozialistischen Regierung veröffentlicht ist und die Versammlung, Vereins-, Presse- und Redefreiheit gewährt ist, meint die „Tägl. Rundschau“, es trete an das Bürgerum die Pflicht heran, sich zu wehren, zu den neuen Mahregeln Stellung zu nehmen und sein Interesse wahrzunehmen, wenn auch seine geordnete Vertretung, der Reichstag, mundtot gemacht sei und die Nationalversammlung noch lange auf sich warten lassen werde.

Bildung von Volkswehren in Baden.

Karlsruhe, 13. Nov. Die vorläufige Volksregierung hat den Bezirksämtern folgenden Auftrag erteilt: Innerhalb 30 Tagen müssen große Teile Badens, darunter wichtige Städte militärisch geräumt werden. Außerdem werden alsbald die zurückblutenden Truppen in großen Mengen durch Baden durchziehen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind daher sofort Volkswehren zu bilden. Die Bezirksämter werden angewiesen, diese Organe in der Weise zu bilden, daß Bezirkshauptleute im Einvernehmen mit etwa vorhandenen Soldaten und Arbeiterräten aufgestellt werden, welche mit dem vorhandenen Grundstock an Sicherheitsorganen, an Gendarmerie, Forst- und Grenzschuttpersonal Geschlossene Wehrkörper aufstellen. In allen Städten ist die Volkswehr so stark zu bemessen, daß ständig eine große Truppe zum Eingreifen bereit steht, die auch starken Banden, die sich bilden, entgegenzutreten die Macht hat. Besonders starke Volkswehren sind an den Rheinbrückenköpfen aufzustellen, um ungeordnet zurückkommenden Soldaten die Waffen abzunehmen. Einzustellen sind zuverlässige ehrenhafte Männer, die zu befehlen sind. Alleinigtes Ziel ist Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung der Verpflegung des Landes, Schutz von Frauen und Kindern. Waffenbedarf ist beim Ministerium des Innern telegraphisch zu melden.

Das Ergebnis der 9. Kriegaanleihe.

Berlin, 13. Nov. Das Ergebnis der 9. Kriegaanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen, ohne die zum Umtausch gelangenden älteren Kriegaanleihen 10,337 Milliarden Mark. Teilanzeigen stehen noch aus, sodaß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöht. Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegaanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenn gleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 14. Nov. Für die neunte Kriegaanleihe würde in unserem Bezirk der Betrag von 4692 900 Mark gezeichnet. Für die 7. und 8. Anleihe wurden folgende Beträge gezeichnet: 7. Anleihe 2 863 100 Mk., 8. Anleihe 4 308 400 Mk. Die Zeichnung auf die neunte Kriegaanleihe ist die höchste aller bisherigen Zeichnungen des Bezirks.

Sinsheim, 14. Nov. (Amtliche Personalnachrichten.) Der Großherzog hat unterm 7. d. Mts. die Verlegung des Oberamtsrichters Otto Grein in Sinsheim nach Ettlingen u. des Amtsrichters Friedrich Bräuninger in Wasbach nach Sinsheim zurückgenommen. — Der Reallehrer Gottfried Edelmann er an der Realschule in Sinsheim wurde durch Ministerialerlaß bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

Karlsruhe, 14. Nov. (Handwerk und Gewerbe.) Der Landesverband der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen erließ an seine Mitglieder einen Aufruf in dem es u. A. heißt: Der Landesverband war stets mit gutem Erfolg bemüht, die Schäden des Krieges auszumergen, für eine geregelte Uebergangswirtschaft zu sorgen und die Zukunft von Handwerk und Gewerbe zu sichern. Einen Schluss aber müssen wir aus den gemordeten Verhältnissen ziehen: Handwerk und Gewerbe hat alle Veranlassung, nunmehr eine geschlossene Phalanx zu bilden, sich fest zusammenzuschließen, um mit einer Einheitsform planmäßig seine Interessen zu wahren. Dem gewerblichen Mittelstand muß es gelingen, seine Bedeutung mehr als bislang nach außen hin zur Geltung zu bringen und auch auf die maßgebenden Faktoren der künftigen staatlichen und wirtschaftlichen Politik Einfluß zu gewinnen. Die Interessen des selbständigen gewerblichen Mittelstandes werden notleiden müssen, wenn nicht dieser Stand in ganz Baden unter einem Hut gebracht wird, wenn er nicht zusammengefaßt wird zu einer einheitlichen, großen und straffen Organisation. Für die Zukunft ist für Gleichgültigkeit, für mangelndes Verständnis für die große gemeinsame Sache und für Eigenbrödeli kein Raum mehr. Der Landesverband wird es trotz der ungewissen Zukunft nicht fehlen lassen, um den vollen Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes zu erreichen. Volles Vertrauen kann ihm nach dieser Richtung hin entgegengebracht werden. Die Trauer über die gekommenen Ereignisse hat ihn nicht niederbeugt, sondern nur fester gemacht in seinem Willen, das badische Handwerk und Gewerbe durch Menschen Not und Leid hindurch zu der ihm gebührenden Stellung im Staat und in der Volkswirtschaft gelangen zu lassen.

Karlsruhe, 14. Nov. Die Badische Landwirtschaftskammer hat sich am 10. ds. Mts. mit ihrer gesamten Organisation den einzelnen Ressortministern der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Sie hat ferner am 12. ds. Mts. folgende Mitteilung an den Ministerpräsidenten Geiß überandt: Die Badische Landwirtschaftskammer fühlt sich in dieser schweren Not des Vaterlandes gedrängt zu erklären, daß sie rücksichtslos die ganze Kraft ihrer Organisation und Arbeit der provisorischen Regierung zur Verfügung stellt, um die jetzt besonders schwierige Ernährung der Bevölkerung und der Truppen im Gange zu halten. Als dringlichste Maßnahme beabsichtigt die Badische Landwirtschaftskammer dafür befozt zu sein, daß für etwa eintretende Notfälle in der Versorgung der Gesamtbevölkerung mit Fleisch, in der nächsten Zeit Vieh bereit gehalten wird, das der Regierung sofort zur Verfügung gestellt werden kann. Sie hat bereits Schritte in diesem Sinne unternommen. In gleicher Weise empfiehlt die Landwirtschaftskammer der Regierung auch die Sicherstellung von Getreide, Weiß und anderen wichtigen Lebensmitteln für die nächsten Wochen. Ferner nimmt sie in Aussicht, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und gleichzeitig geeigneten, aus dem Heeresdienste entlassenen oder anderen Arbeitskräften Arbeit zu geben, Entwürfen, Urbarmachungen und andere Meliorationen sofort auszuführen.

Karlsruhe, 11. Nov. Wie nun jetzt bekannt wird, befaßt sich das Justizministerium erneut mit dem Plan, die Grundbuchführung in Baden den Amtsgerichten zu übertragen und neben den Grundbüchern auch die Vermessungswerke und die Lagerbücher aus den Rathäusern in die Amtsgerichte zu verlegen. Die Städte der Städteordnung haben deshalb an das Justizministerium das Ersuchen gerichtet, die Grundbuchführung ebenso wie die Vermessungsmerkmale und Lagerbücher bei den Gemeinden zu belassen, namentlich aber die städtischen Grundbuchämter, soweit solche bestehen, zu erhalten.

bc Karlsruhe, 13. Nov. (Liefert die Militär-
waffen a. d.) Ueber die Ablieferung von Waffen erläßt
die provisorische Regierung folgende Verordnung: Alle Waf-
fen und alle Munition, die aus militärischen Beständen
in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt sind, sind inner-
halb drei Tagen bei dem zuständigen Bürgermeisteramt, in
den Städten mit Staatspolizei beim Bezirksamt, abzuliefern.
Bei rechtzeitiger Ablieferung wird unbedingt Straffreiheit zu-
gesichert. Personen, die nach Ablauf der Frist noch im Besitze
von Waffen und Munition der obengenannten Art betroffen
werden, werden mit Gefängnis bestraft. Jeder widerrechtliche
Gebrauch von Waffen und Munition wird nach den bestehenden
Strafgesetzen, unter Umständen also mit dem Tode bestraft.
Karlsruhe, 12. Nov. (Straflicher Unfug.) Ein Ma-
trose namens Klumpf machte mit einigen Genossen einen An-

schlag gegen das Schloß, der vom U.S.R. vereitelt wurde.
Klumpf und sein Anhang wurden festgenommen.
bc Karlsruhe, 13. Nov. (Keine Volkszählung.)
Die auf 4. Dezember vorgesehene Volkszählung findet nicht
statt.
bc Ettlingen, 13. Nov. (Berunglückt.) Der 48jäh-
rige Bierführer Karl Heck stürzte von seinem Fuhrwerk und
brach dabei das Genick.
bc Mannheim, 12. Nov. (Diebstahl.) In der Nacht
zum Freitag wurden hier aus einem Seidenwarengeschäfte fünf
seidene Damenmäntel im Werte von zusammen 25 bis 30 000
Mark gestohlen. — Aus dem Verkaufsladen der Spiegelfabrik
Waldhof wurden größere Vorräte Rauchtabak, Besen, Schuh-
riemen, Seife und andere Waren gestohlen.

(-) Stuttgart, 12. Nov. (Payer wieder in der
Heimat.) Vizekanzler v. Payer hat sein Amt niedergelegt
und wird seinen Aufenthalt wieder in der schwäbischen Heimat
nehmen. Er ist bereits in Stuttgart eingetroffen.
bc Eubigheim, 12. Nov. (Grauige Tat eines
Russen.) Am Montag früh zündete ein russischer Kriegs-
gefangener die Scheune des Landwirts Kraft an, die samt
Inhalt bis auf die Steinmauern niederbrannte. Während des
Brandes versuchte er die Tochter des Hauses, ein zwanzig-
jähriges Mädchen, zu töten, indem er die Behrlose aufhängte
und ihr auch noch die Faust in den Rachen steckte, um sie
zu ersticken. Es gelang, die Unglückliche dem Leben zurückzuge-
winnen. Der Täter wollte flüchten, wurde aber festgenommen
und in Gewahrsam gebracht.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung.

(Vom 12. November 1918)

Ablieferung von Waffen betr.

Bei den Umwälzungen in den letzten Tagen sind
vielfach Waffen und Munition aus militärischen Bestän-
den in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt. Es wird
daher verordnet:

§ 1.

Alle Waffen und Munition, die aus militärischen
Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt sind,
sind innerhalb 3 Tagen bei dem zuständigen Bürgermei-
steramt, in den Städten mit Staatspolizei beim Bezirks-
amt, abzuliefern.

§ 2.

Bei rechtzeitiger Ablieferung wird unbedingte Straf-
freiheit zugesichert.

§ 3.

Personen, die nach Ablauf der Frist noch im Be-
sitz von Waffen und Munition der obengenannten Art
betroffen werden, werden mit Gefängnis bestraft.

§ 4.

Jeder widerrechtliche Gebrauch von Waffen und Munition
wird nach den bestehenden Strafgesetzen, unter Umständen
also mit dem Tode, bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.
Karlsruhe, den 12. November 1918.

Badische vorläufige Volksregierung.

Geiß.

Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen
Kenntnis. Die Bürgermeisterämter werden angewiesen
dies sofort in ortsüblicher Weise bekannt zu geben und
den Vollzug innerhalb 5 Tagen hierher anzuzeigen.
Sinsheim, den 14. November 1918.

Großh. Bezirksamt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an
dem uns so schwer betroffenen Verluste sprechen wir
unsern innigsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Joh. Staubiß.

Sinsheim, den 14. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei
dem uns so schwer betroffenen Verluste, für die vielen
Blumenspenden, die zahlreiche Beteiligung bei der Be-
erdigung, sowie für die trostreichen Worte des Herrn
Pfarrer Vielhauer sagen innigsten Dank.

Im Namen der Trauernden

August Stord.

Rohrbach, im. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

Wilhelmina

sowie die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden und
Begleitung zur letzten Ruhestätte, sprechen wir unsern
Dank aus. Besonderen Dank den Mitwirkenden für die
Kranzniederlegung, dem Herrn Pfarrer Vielhauer für
die trostreichen Worte und dem Seminaristen Gustav
Gamer für die Leitung des Gesanges.

Rohrbach, den 13. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Familie Philipp Werrler.

Größere Anzahl

Arbeiterinnen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Jacob Beer Söhne Sinsheim.

Möbl. Zimmer

sofort oder auf 1. Dez. zu ver-
mieten. Zu erfragen unter
Nr. 1098 beim Landboten.

Gesucht per 1. Dez. ein fleiß-
iges, ehrliches

Mädchen.

Karlsruhe, Bürgerstr. 11, II.

Braves

Mädchen

für Küche und Haushaltung ge-
sucht.
Frau Kaufmann Lippacher,
Neuwied am Rhein.

Zuverlässiges

Alleinmädchen

in kleinen bess. Haushalt (3 Pers.)
sofort gesucht. Tägliche Hilfe
durch Monatsfrau. Näheres
Wezera, Mannheim
Friedrichsplatz 1, 1. Et.

Jüngere, saubere

Frau oder Mädchen
für die Küche sofort gesucht.

Konditorei Dürr,

Heidelb. erg., Bergh. Str. 1 a.

Feldpostschachteln

aus fester, starker Lederpappe,
in 6 Größen. Musterpakete mit
60 Schachteln Mk. 12.— Nach-
nahme.

Ansichts-Karten

100 ff. verschiedene Serien-
Glückwunsch-, Soldaten-, Blu-
men-, Mädchen-, etc. Postkar-
ten, 100 Muster Mk. 6.—

Glückwunschkarten

für alle Zwecke mit Kuwert
100 St. 5 Mk.

Brief-Mappen

mit 5 ff. Briefbogen und 5 Hül-
len. 16 Mustermappen Mk. 4.—

Paul Rupp, Freudenstadt 424 (Württ.)

Baldur-

Weihnachts-Kerze

gesch. gef. angenehm. als Stearin-u.
Wachst. Kerze. Sparjam, geruch-
los, ungefährlich. Einmalige
Anschaffung. 10 Stück, je 5
in Gold u. Silber, bronziert, im
Karton, Mk. 6,40 franco gegen
Nachnahme. Prospekte auch über
and. Neuheiten, gratis. Wieder-
verkäufer Rabatt.

Paul Spielberg's Versandh. Mannheim 56.

Bettmöbelen

Alter und Geschlecht angeben.
Ausst. umsonst. Versandhaus
Wohlfahrt, München 704,
Isabellastr. 12.

Richard Kunze, Mannheim

Pelzwaren-Haus N 2, 6

Telefon 6534 u. 6535. Ecke Paradeplatz-Kunststraße.

Großes Lager in fertigen Mänteln, Stolas, Muffen und Hüten in allen Preislagen.

Große Werkstätten für Neuanfertigungen und Umarbeitungen.

la Schlachtgewürze

Salpeter

empfehlen

Karl Ernst

Sinsheim.

Trockenschnitzel

haben noch abzugeben

Gebr. Ziegler.

Ein lederner

Fingerhandschuh

verloren von Sinsheim nach

Eschelbach, Abzugeben bei

Georg Lipp, Rutscher.

Ein brauner Dackel

entlaufen. Vor Ankauf wird

gezwungen. Gegen Belohnung ab-

zugeben bei Jakob Roth, Bachdamm.

Aufruf

an die Einwohnerschaft Sinsheims.

Der soziale Volksstaat wird errichtet. Wie das Reich so ist auch Baden freie Volksrepu-
blik geworden. Die politische Herrschaft ist gegenwärtig in die Hände der Arbeiterklasse gegeben.
Die Nationalversammlung, zu der jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zu wählen hat, ent-
scheidet die weiteren Geschicke.

Das Bürgertum muß sich auf den Boden dieser Tatsachen stellen. Aber es darf politisch
nicht beiseite stehen.

Die Arbeiter haben ihre Arbeiterräte, die Soldaten ihre Soldatenräte. Das Bürgertum
sollte sich in jedem Ort in einem Ausschuß des Bürgertums, in einem Bürgerrat, vereinigen. Alle
wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gruppen des Bürgertums, also alle Landwirte, Gewerbe-
treibende, Beamte und Angestellte, müssen zu einheitlichem Wirken im Rahmen des Volksstaates zu-
sammengeschlossen werden.

Zweck Bildung eines solchen Bürgerrates findet

Freitag, 15. November, abends 8 Uhr im Löwenaal eine

Bürgererversammlung

statt, zu der die Einwohnerschaft Sinsheims hiehermit eingeladen wird.

Einwohner Sinsheims! Es ist ein Gebot der Stunde, mit ganzer Kraft ratend und
werbend an dem Zustandekommen dieses Bürgerrates mitzuwirken. Das, was werden soll, muß
wirklich Gemeinamkeit des Bürgertums sein. Erscheint darum möglichst zahlreich!

Sinsheim, 14. November 1918.

Der Gemeinderat.

Zahlstelle Sinsheim a. d. E.

der

Süddeutschen Disconto - Gesellschaft A. G.

Filiale Heidelberg.

Sinsheim a. d. E.

Telefon Nr. 77

Hauptsitz in Mannheim.

Aktien-Kapital Mk. 50 000 000

Annahme von Spareinlagen auf kurze oder längere Zeit zu günstigen Bedingungen.

Scheckverkehr zur Einschränkung des Bargeldumlaufs.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Sorgfältige und verschwiegene Erledigung sämtlicher bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Betr. Wollablieferung.

Zum Ankauf der Wolle von Schafhaltern mit weniger als 30 Schafen sind Bezirksaufkäufer
bestellt worden. Von den Bezirksaufkäufern sind Sammelstellen errichtet worden.
Sammelstelle für den Bezirk Sinsheim ist:

Jacob Beer Söhne, Sinsheim.

An diese Sammelstelle können die Schafhalter ihre Wolle zur Abschätzung durch den Bezirks-
aufkäufer liefern. Der Bezirksaufkäufer kauft diese Wolle gegen eine Provision für die Kriegs-
wollbedarf-Aktiengesellschaft, also nicht für seine Rechnung; er ist angewiesen, für das rohe, unge-
wachsene Produkt den höchsten Preis zu zahlen unter Zugrundelegung des für gewaschene Wolle
festgesetzten Höchstpreises.

Bezirksaufkäufer ist die Firma:

A. H. Guggenheim, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Jeder Ablieferer von Wolle erhält einen Ablieferungsschein. Auf demselben ist genau vermerkt
welches Quantum Strickgarn zum Preise von Mk. 6.— per Pfund er gegen die abgelieferte Woll-
von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft erhält.

Kriegswollbedarf - Aktiengesellschaft

Berlin, SW. 48. Berl. Hedemannstr. 1.

Die Stücke der 8. Kriegsanleihe

sind eingetroffen und bitten solche baldmöglichst in Empfang zu nehmen.

Spar- und Waisenkasse.

Dresdner Bank

Heidelberg, Hauptstraße 52.

Aktienkapital und Reserven 340 Millionen Mark.

Bankgeschäfte aller Art.

1 Baumstück

an der Burghalde hat zu ver-

kaufen

Marie Schid

Hoffenheimerstraße.

Inständiges, gutempfohlene

Mädchen

zu kleiner Familie gesucht.

Mannheim, Berberstr. 29, 2. Et.